

Arbeiterkammerwahl 2009



- 4** Explosive Blase
- 6** Sich vor der Krise ducken heißt viel verlieren
- 9** Der Schmah mit der Einmalzahlung
- 14** Post: Zerschlagung wird fortgesetzt
- 15** Beschwerden an die Volksanwaltschaft
- 19** Für soziale Mindeststandards

Es ist genug für alle da!

Vom Jänner bis Mai 2009 werden die Vollversammlungen der Arbeiterkammern neu gewählt. Der Gewerkschaftliche Linksblock tritt dabei als von Kapital und Regierung unabhängige linke Alternative an. In Umkehrung eines Wirtschaftskammer-Spruches gilt für uns „Geht's den Menschen gut, geht's der Wirtschaft gut“. Diejenigen, welche die Werte schaffen, sollen auch darüber verfügen.

Zitate, die alles sagen:

*Denn die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.*
Bertolt Brecht, Die Dreigroschenoper, 1930

*Reicher Mann und armer Mann, standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.*
Bertolt Brecht, Alfabet, 1934

*Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in
eine Bank gegen die Gründung einer Bank?*
Bertolt Brecht, Die Dreigroschenoper, 1931

Impressum:

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Leo Furtlehner, Doris Grössinger, Franz Grün, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Anna-Erika Paseka, Hubert Schmiedbauer

Mitarbeiterinnen dieser Nummer: Karin Antlanger, Leo Furtlehner, Doris Grössinger, Roman Gutsch, Gerd Haslinger, Rudi Hieblinger, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Christoph Kepplinger, Axel Nimtz, Siegfried Pötscher, Peter Scherz, Hubert Schmiedbauer, Josef Stingl

Fotos: GLB-Archiv, ÖGB

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Susanna Lindner

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8

Mail: arbeit.glb@gmx.at, office@glb.at, Web: www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Oktober 2008

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 2. Februar 2009 mit dem Schwerpunkt: **Arbeiterkammerwahl**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
0664 61 45 012, office@glb.at, www.glb.at

GLB-ÖGB

Laurenzerberg 2/2/17, 1010 Wien,
01 53 444 308 oder 309,
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB-Vida

Margaretenstraße 166, 1050 Wien,
01 54 641 296, franz.gruen@vida.at

GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien,
01 40 76 936, glb-gemeinde@inode.at www.glb-gemeinde.at

GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, 0664 465 33 83, roho64@aon.at

GLB-GMTN

siehe GLB-ÖGB, 0316 712436

GLB-GPA/DJP

siehe GLB-ÖGB, 0664 14 14 086

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten,
02742 710 74 0, lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz, 0732 65 21 56
glb@gmx.org

GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz, 0316 71 2436
glb.stmk@kpoe-graz.at

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
0662 87 22 44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
0660 6882875, glb@imzoom.info,
www.imzoom.info

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach, 04242
31091 glb@kpoe-villach.at, www.glb.kpoe-villach.at

GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße 33, 6900
Bregenz, 0676 497 63 38, glb.vorarlberg@vol.at

Inhalt

Seite

Explosive Blase	4/5
Sich vor der Krise ducken	6/7
heißt viel verlieren	
Finanzkrise bestätigt	8
Kritik am Neoliberalismus	
Der Schmäh mit der	9
Einmalzahlung	
Angriffe auf AK abwehren	10
Reformbedarf für das AK-Wahlrecht	
Der GLB zeigt brisante Themen auf	11
Was steckt dahinter	12
Rechte der Beschäftigten nicht bestatten	13
Post: Zerschlagung wird fortgesetzt	14
Beschwerden an die	15
Volksanwaltschaft	
Die Mär vom Kernaktionär	16
GLB-Resolution angenommen	
Fete Noir oder das Ende der Glanzstoff	17
Gemeingefährlicher Übermut	18
Die Ware Arbeitskraft	
Für soziale Mindeststandards	19
Willi Goldberg 1915 – 2008	
Bilanzbuch des 20. Jahrhunderts	20
Aus der AK	21
AR-Tipp: Der Arbeitsvertrag	22
Hubert Schmiedbauer ist 75	

Nicht offiziell...

Am 20. Oktober hielt es der ÖGB klarzustellen, dass die „ÖGB-Steuerinitiative kein offizielles ÖGB-Gremium“ ist und daher auch „nicht berechtigt, Stellungnahmen für den ÖGB abzugeben“, wemgleich „Initiativen der Mitglieder“ begrüßt würden. Offenbar war Hundstorfer & Co. sauer aufgestoßen, dass die „Steuerinitiative im ÖGB“ (so der tatsächliche Wortlaut der Initiative) einige unangenehme Wahrheiten zur Verteilung und Steuerpolitik geäußert hatte. Aber vielleicht treffen die „Initiativen der Mitglieder“ manchmal den Kern der Sache besser als der Präsident...

Editorial

Von Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB



Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

Wer grün wählt wird schwarz ernten. So geschehen in Oberösterreich, wo die Grünen seit 2003 mit der ÖVP im Koalitionsbett der Landesregierung liegen. Wir haben in der „arbeit“ ausführlich über den Arbeitskampf der Belegschaften von pro mente und EXIT-sozial in OÖ berichtet, die mit Unterstützung der GPA-djp erfolgreich Änderungskündigungen für etwa tausend KollegInnen im Sozialbereich abwenden konnten.

Nun hat der schwarze Landesfinanzreferent LH Pühringer im dritten Anlauf mit Unterstützung der Grünen einen Antrag in der Landesregierung durchgeboxt, mittels dessen der Landesrechnungshof beauftragt wird, die Übergangsregelungen, die der rote Soziallandesrat für die beiden Sozialvereine ins Auge gefasst hat, im Vergleich zu den Gehältern anderer Trägerorganisationen auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

Im Klartext: es sollen Äpfel mit Birnen verglichen werden, zumal ja das gewünschte Prüfergebnis bereits seit Juli des Jahres fest zu stehen scheint, denn da schrieb der schwarze LH dem roten Soziallandesrat einen Brief, in dem er meinte, er „... fürchte die berechtigte Kritik des Landesrechnungshofes an diesem Kompromiss...“

Die Grünen haben erst im Nachhinein bemerkt, dass sie sich hier bei einem Gutteil ihrer WählerInnen in die politischen Nessel gesetzt haben. Noch vor einigen Monaten verkündeten sie lautstark, dass sie gegen Änderungskündigungen im Sozialbereich seien. Nun fühlen sie sich bemüßigt, an die BetriebsrätInnen und Geschäftsführungen der betroffenen Betriebe Erklärungen zu schicken, dass das Ganze eh nicht so gemeint sei, weil der Prüfauftrag ja nur gegen den roten Soziallandesrat gerichtet sei und nicht gegen die Belegschaften der Sozialvereine bzw. deren Gehälter.

Wie allerdings der Rechnungshof eine Prüfung der Verwendung der Mittel der Sozialabteilung ohne die Prüfung der Gehälter der von der Sozialabteilung finanzierten Vereine vornehmen soll, ist den verzweifelten Argumentationskapriolen der oö. Grünen nicht zu entnehmen. Aber: Wahltag ist Zahltag – in OÖ am 27. September 2009.

Explosive Blase

Von Lutz Holzinger

Das Platzen der US-Immobilienblase hat das globale Finanzsystem in eine Krise gestürzt. Langsam aber sicher zeigt die produktive Wirtschaft ebenfalls Wirkung. Leidtragende sind nicht jene, die von der Aufblähung der Finanzmärkte profitiert haben, wie im Kapitalismus nicht anders zu erwarten, kommen die Werktätigen zum Handkuss.

Bisher hat kein etabliertes Medium die tieferen Ursachen für diese Entwicklung benannt oder einen der superschlauen Ökonomen um eine Analyse gebeten. Regional- und Branchenkrisen sind seit der Liberalisierung des Finanzsystems zu periodisch wiederkehrenden Erscheinungen geworden sind. Die Krise gehört zum Kapitalismus wie die Henne zum Ei, sofern nicht ein Systemwettbewerb wie seinerzeit mit dem sozialistischen Lager zu Krisenmanagement zwingt.

Die Zentren der kapitalistischen Entwicklung wurden seit der Liberalisierung der Finanzmärkte lediglich vom Platzen der Dot-Com-Blase unmittelbar berührt. Die restlichen Katastrophen haben sich in der Peripherie ereignet – in Russland, Argentinien, Brasilien und Südostasien. Dem ist es zuzuschreiben, dass alle Vorsätze zur Stabilisierung des Finanzsektors in den Wind geschlagen wurden, sobald die ärgsten Krisenfolgen überwunden waren.

Die Rallye konnte mit erhöhten Einsätzen weitergehen, wobei die Anlagebereiche immer mehr den Charakter von Spielkasinos angenommen haben. Nach dem Zusammenbruch, der nun die gesamte Welt erfasst hat, sind die Finanzjongleure ratlos. Vermutlich haben sie von vornherein nicht gewusst, was sie tun. Mit Sicherheit kann das von den Managern großer europäischer Banken gesagt werden, die ihren US-Kollegen haufenweise Pake-

te abgekauft haben, die aus faulen Krediten zusammengesetzt waren.

Woher stammen die Einsätze?

Woher kam das Spielgeld, das in den Finanzsektor gepumpt wurde? Es stammt aus der Akkumulation von Kapital, die eine lange Wachstumsperiode hindurch angehalten hat. Gespeist wurde die Anhäufung durch den kapitalistischen Verwertungsprozess, in dem das Anlagekapital fortlaufend über die gesamte Periode der Nutzung von Bauten und Maschinerie zurückfließt. Um Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen vornehmen zu können, werden Geldreserven gebildet. Diese Rücklagen steigen auf gewaltige Summen an, die sich zur zusätzlichen Verwertung anbieten.

Im Grund ist es gleichgültig, ob Finanzinstitute diese Verwertung auf den Finanzmärkten auf eigene oder die Rechnung der verschiedenen Unternehmen vornehmen. So oder so werden gewaltige Summen aus der Realwirtschaft, sofern in ihr keine zusätzlichen Anlagemöglichkeiten bestehen, in diese Sphäre gepumpt in der Hoffnung größtmögliche Gewinne zu erzielen. Dazu kommen Geldreserven, die von Managern in der Real- und Finanzwirtschaft (aufgrund ihrer massenhaften Überzahlung) einerseits und unselbstständig Erwerbstätigen (aufgrund ihres materiellen Sicherheitsbedürfnisses bzw. ihrer Altersvorsorge) andererseits gebildet werden. Diese Mittel

werden ebenfalls zu möglichst günstigen Konditionen angelegt. Dabei ergibt sich die Groteske, dass Pensionsfonds Druck auf Konzerne ausüben, damit sie zur Ergebnissteigerung und Pflege der Aktienkurse Massenentlastungen vornehmen. In der Tendenz gehen diese Maßnahmen auf Kosten der Bevölkerungsgruppe, der die Versicherten angehören.

Aus Nix wird Nix!

Trotz anders lautender Werbesprüche ist es eine Binsenweisheit, dass Geld nicht arbeitet, sondern der gesellschaftliche Reichtum ausschließlich durch lebendige Arbeitskraft vermehrt wird. Im Finanzsektor wird kein Mehrwert produziert. Die Finanzmärkte tragen dazu bei, die Reichweite des produktiven Kapitals auszudehnen: Durch Kredite zur Finanzierung von Anlage- und Umlaufkapital, durch Devisen für den internationalen Warenverkehr und durch die Platzierung von Aktien zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen.

Banken und andere Finanzinstitute sammeln Geldreserven von Firmen und Privaten, um es denjenigen per Kredit zur Verfügung zustellen, die es für Produktion oder Konsum benötigen. Darüber hinaus wechseln sie Geld, tauschen sie Währungen, vermitteln den Kontakt zur Börse bzw. den Aktien- und Wertpapierhandel. Diese diversen Hilfsdienste lassen sie sich entsprechend bezahlen. Zusätzli-



che Werte entstehen dabei nicht. Vielmehr geben die Firmenkunden Anteile des von ihnen angeeigneten Mehrwerts an die Institute weiter. Bei den Unselbständigen handelt es sich Reproduktionskosten, die sie von ihren Löhnen oder Gehältern abzweigen müssen.

Diese technischen Details sind eine Voraussetzung, um die Krisensituation verstehen zu können. Sie wurde in letzter Konsequenz durch einen rund 15 bis 20 Jahre andauernden Umverteilungsprozess zugunsten des Kapitals mit verursacht. Der europaweite Rückgang der Lohnquote spricht eine deutliche Sprache. Diese Umschichtung von Reichtum in die falsche Richtung führte zur überbordenden Aufblähung des Finanzsektors, dessen Akteure vorgetäuscht haben, langfristig eine wundersame Geldvermehrung vornehmen zu können. Statt im Konsum der Werktätigen landete das überschüssige Geld der G´stopften im internationalen Spekulationszirkus.

Jux und Tollerei

Statt diesem Treiben, vor dem beson-

nene Ökonomen gewarnt haben, zeitgerecht einen Riegel vorzuschieben, wurden selbst öffentliche Instanzen wie Gemeinden, ÖBB usw. ermutigt, sich auf Luftgeschäfte einzulassen. Die Beschaffung von Spekulationskapital durch den Verkauf von Sachwerten einerseits und ihr Lease-Back andererseits ist ein Musterbeispiel. Die Propagandisten des Neoliberalismus gingen sogar so weit, das über Jahrzehnte bewährte Umlageverfahren der Pensionsversicherungen in Frage zu stellen. Stattdessen wurde ein Kapitalanlageverfahren empfohlen, das in der jetzigen Krise vor dem Ruin steht.

Karl Marx hat Krisen als reinigende Gewitter betrachtet, die dafür sorgen, dass der Verwertungsprozess in den gewohnten Bahnen weiter gehen kann. In der jetzigen Krise lassen die Regierungen das nicht zu. Sie stopfen hunderte Milliarden in die Finanzmärkte, um deren Zusammenbruch zu verhindern. Solange es sich bloß um Garantien handelt, die nicht schlagend werden, ist das nicht so schlimm. Früher oder später muss jedoch die Zechе bezahlt werden. Dann werden die

Zentralbanken die Gelddruckmaschinen anwerfen und eine gewaltige Inflationsflut losretzen. Erfahrungsgemäß gehen derartige Prozesse auf Kosten der Werktätigen.

Jetzt, wo die Realwirtschaft von der Finanzkrise erfasst wird und eine Rezession vor der Tür steht, ist energisches Gegensteuern erforderlich. In dem Punkt ist die Gewerkschaftsbewegung gefragt. Nachdem sie in der Lohnfrage jahrelang unzureichende Lohnabschlüsse in Kauf genommen hat, ist eine Gegenbewegung überfällig. Einerseits um den Bedürfnissen der Werktätigen Rechnung zu tragen und andererseits um der Konjunktur einen Kaufkraftimpuls zu geben, sind saftige Steigerungen notwendig – unter Berücksichtigung sowohl der Inflation als auch der Produktivität. Alles, was schlechter ist als eine Achter vor dem Komma würde die Lohnquote weiter nach unten drücken.

Auf die Signale hören

Rudolf Hickel, Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Uni Bremen: „Es wäre binnenwirtschaftlich absolut falsch, der Tarifpolitik zur Rettung aus dem Abwärtsstrudel der Finanzmärkte Opfer abzuverlangen. Vielmehr weist die Tarifforderung der IG Metall von acht Prozent in die richtige Richtung. Sie zielt darauf, überschüssige Gewinne, die spekulativ angelegt werden, zugunsten der Löhne zu reduzieren. ... Ein so bemessener Lohnzuschlag verbessert die Kaufkraft. Und er ist ein probates Mittel, um den Abschwung, der durch die Finanzkrise angetrieben wird, zu bremsen.“ Es wäre zu wünschen, dass die Fachgewerkschaften des ÖGB dieses eindeutige Signal hören.

Lutz Holzinger
ist Journalist in Wien



Aktion der globalisierungskritischen Organisation ATTAC gegen Geldwäsche, Briefkastenfirmen und für die Trockenlegung von Steuerparadiesen (Foto: ATTAC)

Sich vor der Krise ducken, heißt viel verlieren

Von *Hubert Schmiedbauer*

Das Kapital will mit der Krise eine Umverteilung erreichen – auf Kosten der Arbeitenden. Das Getöse um die Finanz- und Investitionskrise ist begleitet von einem Großangriff auf die Lebenssituation der Arbeitenden – es ist der immer wiederkehrende Klassenkampf von oben.

Ein paar Stichworte zur gegenwärtigen Krise des sogenannten neo-liberalen Kapitalismus, die weder von irgendwelchen Wahlen oder von Starmania-Hysterie zu beeinflussen ist: Massenvernichtung von Arbeitsplätzen, Lohnsenkung durch Arbeitszeitverlängerung oder Betriebsverlagerung – der österreichische Kapitalist Mirko Kovats hat es kürzlich in Worte gefasst*): Es müsse mehr gearbeitet werden, ohne dafür mehr bezahlt zu bekommen oder gar einen sicheren Arbeitsplatz zu haben.

Dazu gibt es die Angriffe auf Pensionen, das Sinken der Renditen für Versorgungsfonds, die Versuche zur Verwässerung der Lohnsteuerreform, nicht zuletzt die EU-Bemühungen für empfindliche Rückschritte bei den Arbeitszeitrichtlinien. Das Kapital geht international oder gar global vor! Nicht zu vergessen die globale wie auch die hausgemachte Preistreiberi, aus der die Konzerne und Banken zusätzliche Profite schöpfen und der mit mindestens einem Jahr Verspätung vielleicht Inflationsabgeltungen folgen.

Aber die Wirtschaft wächst

Freilich ist es ein Unterschied, ob das Bruttosozialprodukt eines Jahres, also die Gesamtheit der Wirtschaftsleistung, um 3 Prozent oder nur um 1 Prozent zunimmt. Die Faustregel lautet, dass mindestens 2 Prozent Zuwachs notwendig sind, um Arbeitslosigkeit zu verhindern oder gar abzubauen. Steigende Arbeitsproduktivität, Rationalisierung und andere Massnahmen

werden zum Teil dazu genutzt, Arbeitskraft einzusparen.

Da sind wir beim sogenannten Wettbewerb, auf den sich das Kapital und seine Verwalter stets ausreden. So wie sie es verstehen, heißt Wettbewerb nichts anderes als billigere Arbeitskraft, weniger Umweltschutz, Steuern, Sozialabgaben usw. Also weg mit der traditionellen Betriebsstätte, Abbau der Leiharbeitskräfte, dann der Stammbelagschaft, hinein in die große Welt der ungehinderten Ausbeutung von „Humanressourcen“ und Rohstoffen...

Fazit: In Österreich sind zur Zeit solche Betriebe betroffen wie die Kunstfaserproduktion von Glanzstoff St.Pölten, der Siemens-Konzern mit dem größten Software-Entwickler Österreichs (2400 Beschäftigte), der Magna-Steyr-Konzern (ehemals Steyr-Daimler-Puch) des Frank Stronach bzw. seiner ErbInnen und damit die gesamte aufgeblähte Kfz-Zuliefer- und Montageindustrie, der Tiroler Luxusglaskonzern Swarovski, die Post- und Telekom-Fragmente, die ÖBB, aber auch andere Bereiche der Industrie und der Dienstleistungen. Betriebsanlagen, Geld, Arbeitskräfte, technische und kommerzielle Intelligenz – all das ist nicht verschwunden. Woran scheitert die Konjunktur? Ist die Wirtschaft eine unabhängige, selbständige, unbeeinflussbare Sache, die „von außen“ nicht zu steuern ist? Derselbe wird den Menschen eingeredet. Aber es gibt Möglichkeiten der Steuerung. Dazu haben kritische Leute ei-



niges an Gehirnschmalz beige-steuert und in konkreten Forderungen auf den Tisch gelegt:

Wissenschaftlich untermauerte Forderungen

Was wären nun mögliche Sofortmassnahmen gegen Krisenfolgen auf Kosten der Lohnabhängigen und PensionistInnen? Seit dem Sommer gehen die führenden GewerkschafterInnen fast täglich auf die wichtigsten Themen ein, die von der Regierung zu bewältigen wären – nicht ganz zufällig in der Wahlkampfzeit – und formulieren wichtige Forderungen. Die Gewerkschaftsjugend hat Anliegen, von denen schon ihre Väter geträumt haben, z.B. die Übernahme der Fahrt- und Internatskosten für den Berufsschulbesuch durch die Unternehmer, aber auch solche Themen wie das Recht auf fachliche Ausbildung – und nicht auf Ausbildung zu Reinigungspersonal, Supermarkteinkäufern, Autowäschern oder gar BabysitterInnen. Heftige Proteste hat die beabsichtigte Schließung der Fernmeldeschule in Graz zur Folge.

Die ÖGB-Spitzen machen sich stark für ein EU-Konjunkturpaket, denn nationale Konzepte reichen nicht, auch für ein Gesamtpaket zur Entlastung der Arbeitnehmer, für die Stärkung der Massenkaufkraft und der Kaufkraft vor allem der KleinstverdienerInnen. Alles klar, sozusagen. Aber außer der Protestaktion der Siemensbeschäftigten in Floridsdorf am 6. November gab es keine nennenswer-

te öffentliche Aktion, die durch Mobilisierung von Gewerkschaften Aufsehen und Nachdenken erregt hätte. Der ÖGB und die Einzelgewerkschaften brauchen sich nicht zu verstecken, wenn auch der neoliberale Medienwind auf sie geblasen wird. Nicht alle Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen sind Anbeter der neoliberalen Doktrinen. In letzter Zeit haben sich in Österreich außer Stefan Schulmeister auch WIFO-Chef Aiginger für eine Hebung der Massenkaufkraft ausgesprochen, selbst gegen das EU-Diktat der Maastricht-Kriterien, um über die Lockerung der willkürlich vorgeschriebenen Grenzen von Staats“defizit“ und Staats“schulden“ Impulse zur Konjunkturbelebung zu geben.

Schulmeister verlangt rasches Handeln der Politik, möglichst im europäischen Gleichschritt müsse der Staat „entsparen“, die Notenbanken die Zinsen senken, den Gemeinden und Ländern Mittel zur Verfügung stellen (Infrastruktur-Investitionen), die Sozialtransfers für die Schwächsten anheben, rasch die bedarfsorientierte Grundsicherung einführen, Kündigungen erschweren, dafür alle Möglichkeiten für die Verkürzung der Arbeitszeiten nutzen.

Der amerikanische Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz warf sich in Gesprächen mit heimischen Wissenschaftlern und Politikern ebenso in die Bresche. Mit seinen Argumenten kann der Kampf gegen neoliberale Crashwirtschaft und Sicherung der Beschäftigung von Millionen Menschen geführt werden.

Es kam ja nicht überraschend

Worüber hat „die arbeit“ jahrelang geschrieben? Wovor haben kritische Persönlichkeiten aus dem Inneren der Kapitalherrschaft längst gewarnt? Dass genau das eintreten werde, womit wir es gegenwärtig zu tun haben –

und noch ärger: nicht nur eine Finanzkrise, sondern die Gefährdung des gesamten Systems bewiesen manche in dicken Büchern schon vor mehr als zehn Jahren (z.B. der Guru der Fondsverwalter George Soros, der nun wieder Bücher über die Gefahren des Heuschreckenkapitalismus geschrieben hat).

Aber das Kapital ist taub gegen kritische Warnungen, solange es auf Profite und Superprofite und noch mehr hoffen kann.

Die österreichischen WirtschaftsforscherInnen waren mit wenigen Ausnahmen genau so systemverpflichtet. Jahrelang korrigierten WIFO und IHS brav alle drei Monate die Prognosen, stellten Widersprüche fest, notierten auch einen Mangel an Massenkaufkraft – aber sie konnten sich (dazu noch als Beratungsorgane der jeweiligen Regierung) nicht aufraffen, deutliche Hebung des Massenkonsums zu verlangen, im Gegenteil – manche Forderung zielte auf Abbau sozialer Sicherheiten und wichtiger Stützungen (Wohnbauförderung, Pensionssystem, öffentlichen Verkehr usw.).

Jahrelang wurde jede nachhaltige Entwicklung der Massenkaufkraft verhindert, womöglich sogar mit den Schlagworten „Arbeitsplatzsicherung“ und „Wettbewerbsvorteil“, Produktionsverlagerungen wurden ebenso gottgegeben hingenommen wie die damit verbundene verschärfte Ausbeutung und die Verhinderung kaufkraftwirksamer Entwicklungen in den Zielländern. So kann es nicht überraschend sein, wenn nun das Ergebnis einer solchen Wirtschaftspolitik mehr gefährdet, als die ungehinderte Entfaltung des Neoliberalismus jemals an Vorteilen hervorbringen konnte.

Ein erneuerter Kapitalismus?

Von einem „neuen Kapitalismus“, einer „besseren EU“, einer „Sozialunion“

phantasieren jetzt Leute wie Frankreichs Sarkozy, Deutschlands Angela Merkel und andere reformfreundige NationalspielerInnen rechts und links der Mittellinie. Manche entdecken marxistisch-wissenschaftliche Denkmethode, nähern sich linken Kräften mit der Perspektive kämpferischer Mobilisierung und müssen in der Halberzigkeit ihrer Versuche feststellen, dass die politischen Machthaber sich eher mit rechtsbürgerlichen Kräften oder gar Rechtspopulisten verbünden als gemeinsame Aktion zur Entfaltung von Massenbewegungen zu suchen. Beispiele aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung oder den sozialdemokratischen Parteien gibt es genug.

In Österreich sind die Gewerkschaften und Arbeiterkammern gefordert, ihre ursprüngliche Aufgabe als Kampfinstrumente der Lohnabhängigen zu erfüllen. Das muss bei den laufenden Lohnverhandlungen beginnen. Vor ein paar Jahren haben die Gewerkschaften bewiesen, dass sie organisieren, mobilisieren und Erfolge erzielen können – die Millionen Menschen gegen die Millionenjongleure, Millionenspekulanten, Millionenverschieber, die nur durch eine demokratische Massenbewegung entmachtet werden können.

Hubert Schmiedbauer ist Journalist und lebt in Graz

*) Im November lief der österreichische Film „Lets make money“ an, dessen Darstellung der kapitalistischen Realität, gewürzt mit Interviews von Managern und Politikern, schon zu wütenden Beschimpfungen geführt hat. Ein informationsgeladener Filmgenuss für GewerkschafterInnen!

Finanzkrise bestätigt Kritik am Neoliberalismus

Der Schwerpunkt der gut besuchten AktivistInnenkonferenz der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) zur Vorbereitung der Arbeiterkammerwahl 2009 am 18. Oktober 2008 in Wien war die internationale Finanzkrise.

„Das immer wieder geradezu religiös verkündete Dogma „Weniger Staat, mehr privat“ ist schmachvoll gescheitert. Genugtuung darüber, zu Recht gewarnt und recht behalten zu haben kann freilich nicht aufkommen, weil wir noch gar nicht wissen, welche Auswirkungen diese Krise auf die Realwirtschaft und damit auf das Leben aller Lohnabhängigen haben wird“ stellte GLB-Bundesvorsitzende Karin Antlanger in ihrem Referat fest.

Der GLB akzeptiert daher nicht, dass zuerst jahrelang die AnlegerInnen abcashen, dass die auf maximale Renditen verpflichteten ManagerInnen Millionenprämien kassieren und dann nach dem Staat gerufen wird und letztlich auf Kosten der steuerzahlenden Lohnabhängigen die Misere saniert wird. In einer von der Konferenz beschlossenen Stellungnahme verlangt der GLB daher, dass die für diese Krise Verantwortlichen und jene, die jahrelang von diesem System profitiert haben, durch Wiedereinführung einer Vermögens-, Erbschaftssteuer und Kapitalverkehrssteuer zur Kasse gebeten werden und eine scharfe Kontrolle des Kapitalverkehrs, Auflösung der steuerschonenden Privatstiftungen und Überführung des Bank-, Kredit- und Versicherungssektors in öffentliches Eigentum erfolgen.

Weiters kritisierte Antlanger die defensive Lohnpolitik des ÖGB, verlangte eine baldige soziale Steuerreform mit Gegenfinanzierung durch höhere Steuern auf Kapital und Vermögen, forderte den Ausstieg der Pensions-



Die Wienerin Paula Amdar konnte den Plakatwettbewerb des GLB für die Arbeiterkammerwahl für sich entscheiden. Im Bild: Preisüberreichung durch GLB-Bundessekretär Oliver Jonischkeit und GLB-Bundesvorsitzende Karin Antlanger.

finanzierung über den Kapitalmarkt und die verfassungsmäßige Verankerung des öffentlichen Eigentums und urgierte einige Schwerpunktforderungen aus der Sicht der Lohnabhängigen und Gewerkschaften an die künftige Regierung.



Bei der Arbeiterkammerwahl will der GLB möglichst in allen Bundesländern antreten, wie berichtet wurde ist die Kandidatur in Salzburg – wo bereits im Jänner 2009 gewählt wird – gesi-

chert. In mehreren Bundesländern sind auch bereits die SpitzenkandidatInnen gewählt worden: Robert Hobek (BRV Postamt 1230, Wien) in Wien, Peter Scherz (BR Magna-Steyr, Graz) in der Steiermark, Karin Antlanger (BRV EXIT-sozial, Linz) in Oberösterreich, Gerhard Wimmer (BRVStv EZA, Köstendorf) in Salzburg und Josef Stingl (BR Heuriger Lamerer Stuben, Innsbruck) in Tirol.

In einer sehr intensiven Diskussion bei der AktivistInnenkonferenz wurden zahlreiche Vorschläge für den Wahlkampf sowie für den vorliegenden Entwurf einer Wahlplattform eingebracht, welche einstimmig beschlossen wurde. Präsentiert wurde das Ergebnis eines GLB-Plakatwettbewerbs, den die Jury für Paula Amdar aus Wien entschied, die bei der Konferenz ihre Entwürfe für eine Plakatserie vorstellte.

Der Schmäh mit der Einmalzahlung

Von Leo Furtlehner

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen wird von der Unternehmenseite mit allen Tricks gearbeitet: Egal ob die Wirtschaft im Aufwind oder gerade auf Talfahrt ist, warnt die Kapitaleseite unisono, dass übermäßige Lohn- und Gehaltserhöhungen auf Kosten der Arbeitsplätze gingen und damit den Beschäftigten selbst schaden würden.



Allenfalls die Inflation will man abgelenken (und auch dabei ist je nach Wirtschafts- und Interessenlage unklar, ob man die im laufenden Jahr oder die künftige Teuerung meint). Dabei liegen die durchschnittlichen inflationsbereinigten Netto-Reallöhne 2008 bei einigem Auf und Ab in der Zwischenzeit kaum höher als 1990.

Längst vergessen ist auch der sattsam bekannte Spruch „Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“ um die Löhne niedrig zu halten. Denn die Gewinne wurden längst spekulativ am Finanzmarkt verjuxt. Wenn jetzt die Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft durchschlägt sind Kurzarbeit und zigtausende Kündigungen die erste Folge und wieder einmal die Lohnabhängigen die ersten Opfer, die als Draufgabe dann auch noch die Rettungspakete für die Banken mit ihren Steuergeldern (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer) finanzieren dürfen.

Schon mit der sogenannten Optionsklausel – mit welcher ein prozentueller Anteil an der Erhöhung betrieblich individuell verteilt oder etwa in eine Mitarbeiterbeteiligung investiert werden kann – wurde mit kräftigem Zutun der Gewerkschaftsspitze eine einheitliche Lohnerhöhung unterlaufen. Neuerdings wird wieder mit ultimativem Verweis auf die schwierige wirtschaftliche Lage verstärkt jedoch als Patentrezept eine Einmalzahlung angeboten. Was auf den ersten Blick vielleicht gut klingen mag, hat einen kräftigen Pferdefuß.

Auch wenn nämlich einmalig eine Zahlung von einigen hundert Euro angeboten wird, gilt es zu beachten, dass diese längerfristig und auf die Lebensarbeitszeit jedes einzelnen Beschäftigten gesehen ein kräftiger Einschnitt ist. Einmalzahlung bedeutet nämlich wirklich einmalig. Während eine allgemeine prozentuelle Erhöhung

(evt. auch in Verbindung mit einem Sockelbetrag) bedeutet, dass die nächsten KV-Verhandlungen von einem höheren Niveau ausgehen, gilt das bei Einmalzahlungen nicht.

Und was für die Lohnentwicklung der nächsten Jahre Bedeutung hat, gilt im weiteren Sinne auch für die Pension, denn bekanntlich werden die Sozialversicherungsbeiträge immer am jeweiligen Brutto Lohnniveau bemessen. Mit Einmalzahlungen wird also auch die gezielte Aushungerung der Beitragsgrundlage der Sozialversicherung betrieben – um dann umso lautstarker zu erklären, dass Pensionen und Gesundheit nicht mehr finanzierbar seien und alle selber vorsorgen müssten.

Hinter Einmalzahlungen steckt also die Absicht, die Löhne und Gehälter niedrig zu halten. Wie schon Karl Marx im „Kapital“ oder in „Lohn, Preis und Profit“ anschaulich beschrieben hat, liegt es im ureigensten Interesse der Unternehmer, das Lohnniveau soweit wie möglich nach unten zu drücken um damit einen Extraprofit und Konkurrenzvorteil herauszuschinden und dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken. So gesehen ist sogar eine niedrige prozentuelle Lohnerhöhung, die aber Basis für die künftige Lohnentwicklung ist, für die Beschäftigten besser als eine noch so saftig erscheinende Einmalzahlung.

Leo Furtlehner ist verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“



Angriffe auf Arbeiterkammern abwehren

Von Oliver Jonischkeit

Diesmal war es das BZÖ, welches unmittelbar vor den Nationalratswahlen mit der Forderung nach Senkung bzw. Abschaffung der AK-Umlage einen Frontalangriff auf die gesetzliche Vertretung der ArbeiterInnen und Angestellten startete. Die Westenthaler-Truppe stellt sich die Zukunft Österreichs also ohne eine finanziell unabhängige Arbeiterkammer vor. Damit sollte sie eigentlich für alle Beschäftigten nicht mehr wählbar sein.

1996 haben sich rund 90 Prozent der AK-Mitglieder dafür ausgesprochen, dass die Arbeiterkammer auch weiterhin ihre gesetzliche Interessensvertretung sein soll. Sehr geschätzt wird der Rechtsschutz, den immer mehr der über drei Millionen Mitglieder in Anspruch nehmen müssen. Ebenfalls hohes Ansehen genießt der Konsumentenschutz der AK. Gefördert werden Bildungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen, meist zu wenig

gewürdigt werden die hervorragend arbeitenden Grundlagenabteilungen der AK, z.B. jene der Volkswirtschaft, deren Studien z.B. zu Fragen der Zusammensetzung der Steuereinnahmen (aus Arbeit und Vermögen) und damit der Verteilung des geschaffenen Reichtums auch der Gewerkschaftliche Linksblock gerne in Anspruch nimmt, um daraus seine politischen Forderungen abzuleiten bzw. seine Politik zu entwickeln.

Die AK-Umlage sichert die notwendige Finanzierung der Arbeiterkammern und deren Unabhängigkeit. Nach wie vor genießt die AK hohes Vertrauen – in einer jüngst im Auftrag der Wiener AK durchgeführten Umfrage sprachen sich über 70 Prozent gegen eine Kürzung der Umlage, mit der eine Reduzierung des Leistungsangebotes verbunden wäre, aus. Der Gewerkschaftliche Linksblock hat dazu in der Vollversammlung der Wiener AK einen Antrag für ein klares Bekenntnis zur AK-Umlage eingebracht.

Oliver Jonischkeit ist GLB-Bundessekretär

Reformbedarf für das AK-Wahlrecht

Schieflastig ist das Wahlrecht für die neun österreichischen Arbeiterkammern: Bei der letzten Wahl im Jahre 2004 waren 2,47 Millionen Kammerumlagepflichtige Beschäftigte (in der Hoheitsverwaltung tätige Menschen sind nicht AK-Mitglied) wahlberechtigt. Die Vollversammlungen sind länderspezifisch unterschiedlich groß, im Burgenland 50, in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg je 70, in Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark je 110 und in Wien 180 Mandate.

Abgesehen von einer Anhebung der Mandatszahl in Vorarlberg von 50 auf 70 im Jahre 1984 blieb die Größe der Vollversammlungen seit 1949 unverändert, während sich die Beschäftigtenzahlen sehr unterschiedlich entwickelten. Und so ergibt sich, dass im Burgenland schon auf 1.369 Wahlberechtigte ein Mandat entfällt, in Oberösterreich hingegen 3.954, also dreimal soviel.

Bei Zugrundelegung des gesamtösterreichischen Durchschnitts sind also die Kammervollversammlungen in Salzburg etwas, in Burgenland, Kärnten und Vorarlberg deutlich überdimensioniert, in der Steiermark und Tirol entspricht die Vertretung in etwa dem bundesweiten Schnitt, während die Vertretungskörperschaften in Niederösterreich, Oberösterreich und Wien bedingt durch das starke wirtschaftliche Wachstum und damit der Beschäftigtenzahlen deutlich größer sein müssten.

Ist die Größe der Kammervollversammlungen gestaffelt, trifft das auf die formale Erfordernis für eine Kandidatur nicht zu: Entweder fünf Mitglieder der amtierenden Vollversammlung oder mindestens 300 Wahlberechtigte müssen einen Wahlvorschlag unterschreiben, damit er als gültig anerkannt wird. Auch hier wäre demnach Anpassungsbedarf vorhanden. Eine Verbesserung gab es mit der

1998 erfolgten Novellierung der AK-Wahlordnung, indem die bis 1994 gültige Aufsplitterung in drei Wahlkörper (ArbeiterInnen, Angestellte, Verkehrsbedienstete) endlich abgeschafft wurde. Diese hatte bekanntlich jahrzehntelang dazu geführt, dass alle kleineren Fraktionen benachteiligt wurden, weil ihre Stimmen vor allem im Wahlkörper Verkehrsbedienstete durch die geringe Zahl dort vergebener Mandate regelmäßig ohne Wirkung blieben.

Hingegen nützt die Ausweitung der Wahlzeit auf zwei Wochen in Verbindung mit der Einrichtung einer Unzahl von Betriebswahlsprengeln auch in kleineren Betrieben vor allem den großen Fraktionen die mit ihren Apparaten dies in die jeweilige Richtung kanalisieren können. Zahlreiche Betriebe, insbesondere solche in welche die Beschäftigten in vielen kleinen Dienststellen tätig sind, nützen daher auch die Möglichkeit der Briefwahl.

Der GLB zeigt brisante Themen auf

Salzburg ist in Österreich die Hauptstadt der Wohnungsnot. Den fertig gestellten Wohnungen in Salzburg steht in etwa die zehnfache Menge an Wohnungssuchenden gegenüber. Das sind zurzeit über 4.000 Haushalte die als wohnungssuchend gemeldet sind. Diese Situation ist so prekär, dass sich nicht einmal die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion in ÖGB und AK darüber hinwegschwindeln kann.

Der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Salzburg muss sich aber trotzdem vor der eigenen Fraktion nicht fürchten: Als der GLB bei der letzten ÖGB-Landeskonferenz ein ambitioniertes Wohnbauprogramm einforderte, wurde uns in der Sache zwar prinzipiell rechtgegeben – die FSG wies aber darauf hin, dass tausend Wohnungen die Misere beheben würden. Angesichts der Faktenlage eine Frechheit für alle Wohnungssuchenden.

Bei der Landeskonferenz haben die RednerInnen des GLB bereits auf weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit verwiesen, darunter die Rückführung von Privatisierungen in die öffentliche Hand bei Schlüsselbereichen der Wirtschaft (was angesichts der momentanen Entwicklung auf den Kapitalmärkten mehr als bestätigt wird). In diesem Zusammenhang wurde von uns auf knapp gescheiterte Cross-Border-Leasing-Verträge der Stadt Salzburg (Kanalisation) hingewiesen.

Dass der ÖGB nichts aus der Krise lernt, zeigte übrigens ÖGB-Präsident Hundstorfer. In einer markigen Rede formulierte er wörtlich: „Dann müssen wir die Banken eben kaufen und wenn sie saniert sind verkaufen wir sie wieder“. Eine weiterführende Interpretation des Merksatzes „Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert“ – erschütternd, dass diese Worte vom obersten Gewerkschafter des Landes kommen.

Darüber hinaus setzen wir uns für den

Erhalt des einzigen innerstädtischen Hallenbades und gegen den Bau eines „Spaßbades“ an der Peripherie der Stadt ein. Die Realisierung dieses Projektes würde nicht nur erhebliche Kosten verursachen, sondern auch die

nen: wir haben diese Themen schon immer in unserem Programm gehabt – die anderen müssen sie zurzeit wohl aus wahlpopulistischen Gründen vertreten.



Gerhard Wimmer, Betriebsrat bei EZA Fairer Handel (rechts) und Rosi Krenn, Betriebsrätin der Lebenshilfe Salzburg (links) sind die SpitzenkandidatInnen des GLB bei der Arbeiterkammerwahl in Salzburg vom 26. Jänner bis 6. Februar 2009.

Zugangsmöglichkeiten für diese Einrichtung gerade für ältere und sozial bedürftigere Personen beeinträchtigen.

Selbstverständlich werden wir auch die Dauerthemen des GLB vertreten: Umverteilung, gerechtes Steuersystem, Entlastung der sozial Schwächeren bei Abgaben, Senkung von Betriebskosten, Vollbeschäftigung, zehn Euro Mindeststundenlohn. Der Unterschied zu den anderen Fraktio-



AK-Tirol: Was steckt dahinter?

Von Josef Stingl

Vom 2. bis 13. März 2009 wird in Tirol die neue AK-Vollversammlung gewählt. 70 Mandate (derzeit ÖAAB-FCG 44, FSG-SPÖ 17, Grüne GewerkschafterInnen 5, Liste Soli-Tirol 2 und Freiheitliche Arbeitnehmer 2) werden neu verteilt. Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) will nach 50 „kammerlosen“ Jahren wieder den Einzug in die Vollversammlung schaffen.

Die Arbeiterkammer - wer kennt sie nicht: Wer ein arbeitsrechtliches Problem hat, lässt sich von ihr vertreten. Für eine Auskunft zum Mietvertrag, zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung oder zu einem Kaufvertrag ist sie der erste Ansprechpartner. Gleiches gilt beim KonsumentInnenschutz, bei Fragen und Förderungen der eigenen Aus- und Weiterbildung und der Kinder. Aber war's das schon?

Ein wichtiger Teil wird meist verschwiegen – die AK ist auch die politische Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen. Wenn wir über die Teuerung klagen, die AK könnte mit ihrem Gesetzesinitiativrechts für Preisregulierung eintreten. Gleiches gilt für die Wohnkosten, für einen gesetzlichen Mindestlohn oder Sozialstandards.

Ebenfalls von der Öffentlichkeit unbemerkt, ist die politische Instanz der AK, die Vollversammlung in Tirol (und Vorarlberg) ungewöhnlicherweise schwarz dominiert. Damit die AK-RätInnen - und das gilt sowohl für die Schwarzen als auch die Roten - gar nicht in die Verlegenheit kommen, gegen die Interessen ihrer Partei agieren zu müssen, werden die realpolitischen Maßnahmen eben schmal gehalten. Damit sie den Mitgliedern ihre Schmalspurvertretungsarbeit nicht erklären müssen, wird eben das Arbeiterparlament der Öffentlichkeit verschwiegen.

Daraus ergibt sich, dass die Vollversammlung auch nicht oft tagen

muss, sechsmonatlich, also zwei Mal im Jahr treffen sie sich, dazwischen „verhandeln“ sie - demokratiepolitisch unlegitimiert - sozialpartnerschaftlich mit Gewerkschaft, Handelskammer, Landwirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Teuerung, Massensteuern, Lohn- und Abgabenquoten zeigen in welche Richtung diese Verhandlungen gehen.

Die AK ist zahm, in Tirol auch lahm

Das Positive voran: Nirgends in Österreich hat die AK einen höheren Bekanntheitsgrad als in Tirol. Die Ursache liegt beim ehemaligen AK-Präsidenten Fritz Dinkhauser. Mit Millionen von Mitgliedergeldern wird seit Jahren, jeden/r Kammermitglied „kostenlos“ die mit eigenen AK-Deckblatt versehene Zeitschrift „Konsument“ zugesandt – darüber hinaus werden ständig zahlreiche Print-, Hörfunk- und Televisions-Medien für Werbung mit nicht unbeträchtlichen Mitgliedsbeiträgen gefüttert. Nicht zu vergessen, bei allen Werbemaßnahmen durfte natürlich nicht das Konterfei Dinkhausers und jetzt des neuen AK-Präsidenten Erwin Zangerl fehlen.

Diese Imagekampagnen waren es auch, die Dinkhauser für sich kostenlos bei der Landtagswahl nutzte und er so mit einer schwarzen Protestliste einen fulminanten 18-Prozent-Wahlerfolg einfahren konnte. Außerdem ist seine Finanzgebarung beim lockeren Umgang mit seinen Fraktionsgeldern — wurden teilweise direkt in ÖVP-

Kassen umgeleitet, beim Umgang mit Ausgaben wie „Schwarzbeschäftigte“, Geburtstagsgeschenke und Spesen und bei der fragwürdigen Entlassung des Kammerdirektors Hirner die bereits Unsummen verschlungen hat, überprüfungswürdig.

Die Oppositionsfraktionen FSG, Grüne, FA und Soli haben Dinkhausers lockere Geldverteilung oft kritisiert, aber gleichzeitig den Rechnungsabschlüssen immer zugestimmt. Der GLB hat beim Abgang Dinkhausers, die Kontrolle durch den Rechnungshof verlangt, dazu konnten sich weder FSG, Grüne, Soli noch FA durchringen. Die FSG war mit einem Machtstreit über ihren Spitzenkandidaten für die AK-Wahl beschäftigt, die Grünen mit der Landtagswahl und von den Freiheitlichen war ohnehin über die gesamte Amtszeit wenig zu bemerken.

Zusammengefasst, die Tiroler Arbeiterkammer braucht in der Vollversammlung dringend eine linke Alternative, die alle Entscheidungen der ÖAAB/FSG-Mehrheit auf die Interessenverträglichkeit für die AK-Mitglieder prüft. Die Arbeiterkammer braucht dringend eine konsequente Kontrolle. Wir vom GLB mit einer für die ArbeiterInnenklasse repräsentativen Liste (Frauen und Männer, MigrantInnen und InländerInnen, Lehrlinge und FacharbeiterInnen, ...) wollen dies sein.

Josef Stingl ist Spitzenkandidat des GLB bei der AK-Wahl 2009 in Tirol

die Arbeit 4/08



Rechte der Beschäftigten nicht bestatten

Von Axel Nimtz

Betriebsrat für TransitnehmerInnen? So etwas wollen wir nicht im Ländle. Diesen Eindruck mussten jedenfalls jene KollegInnen bekommen, als sie einen Betriebsrat bei der Arbeitsinitiative Feldkirch (ABF) wählten. Bis dorthin hat die Geschäftsführung die Wahl im Vorfeld offenbar nicht ernst genommen.

Nach der Wahl jedoch hat sie diese sofort beim Arbeitsgericht angefochten und hat den Wahlvorstand nicht für die notwendige Zeit zur Vorbereitung der Wahl freigestellt, sondern den Mitgliedern die Stunden von ihrem kärglichen Lohn auch noch abgezogen. Mit Aktionen vor der Arbeitsinitiative in Feldkirch und in Altsch, dessen Bürgermeister Brändle betonte, wie wichtig ihm Betriebsräte wären und alles bei der Arbeitsinitiative in Ordnung sei, protestierte der GLB für die Einhaltung der Arbeitsverfassung auch bei ABF.

Höchsttarife nicht nur für Bestattungsinstitute

AK-Direktor Keckeis vermutet, dass bei Bestattungsinstituten der Verdacht besteht, diese würden eine für die Verbraucher nachteilige Preispolitik betreiben und fordert daher vom Landeshauptmann, Höchsttarife für diese Branche (Grundlage laut Keckeis: Gewerbeordnung). Den Verdacht haben wir allerdings bei vielen Branchen, von den Mineralöl spekulanten bis zum Lebensmittelhandel.

Da immer mehr nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, fordert der GLB die amtliche Preisregelung für Grundnahrungsmittel, Wohnen und Energie. Und unterstützt AK-Präsident Hämmerle, der feststellt, Einmalzahlungen anstelle nachhaltiger Lohnerhöhungen sind für die AK nicht akzeptabel, es braucht Lohnerhöhungen deutlich über vier Prozent. Es sind

ja genug KammerrätInnen der großen Fraktionen auch GewerkschaftsfunktionärInnen – wir warten schon gespannt, ob diese Forderung bei den laufenden Verhandlungen auch umgesetzt wird oder es sich dabei nur um Vorwahlkampfgeplänkel handelt.

Bahn braucht Personal vor Ort

Ein Skandal sondergleichen ist die geplante Verlegung der Fahrdienstleitung von Vorarlberg nach Tirol und der Wunsch der Bahn, Bahnhöfe nicht mehr mit Personal besetzen zu wollen. Von Umweltschutz zu reden und gleichzeitig älteren, behinderten – aber auch allen anderen Fahrgästen – verstehen zu geben, dass sie eigentlich bei den ÖBB nicht erwünscht sind, wenn sie sich nicht ihre Fahrkarten selbst über Automaten, Internet etc. besorgen, geht zu weit. Auch tausende PendlerInnen fühlen sich sicherer auf besetzten Bahnhöfen. Daher muss sich die AK entschieden gegen diesen Einsparungswahn der ÖBB, die bei Spekulationen ganz andere Beträge verliert, auftreten.

GLB als soziales Gewissen und Kontrolle

Unter dem Motto „Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht“ kandidiert der GLB mit KollegInnen, die keine Multifunktionäre sind, die sich keiner „Sozialpartnerschaft“, sondern ausschließlich den Beschäftigten und damit den AK-Mitgliedern verpflichtet fühlen. Deren Interessen möchten

sie auch in die Vorarlberger AK einbringen. Daher sammelt der GLB zurzeit die für eine Kandidatur erforderlichen Unterstützungserklärungen und ersucht bei der AK-Wahl um Ihre Stimme.

Axel Nimtz, zuletzt als Transitnehmer bei der Arbeitsinitiative Feldkirch beschäftigt, ist Spitzenkandidat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) bei den kommenden Arbeiterkammerwahlen (26.1.-5.2.2009).



AK-Wahltermine 2009

Vorarlberg: 26.1. - 5.2.
Salzburg: 26.1. - 6.2.
Tirol: 2. - 13.3.
Oberösterreich: 16. - 28.3.
Burgenland: 22. - 31.3.
Steiermark: 19.3. - 1.4.
Kärnten: 20. - 30.4.09
Niederösterreich: 5. - 18.5.
Wien: 5. - 18.5.

Post: Zerschlagung wird fortgesetzt

Robert Hobek, Vorsitzender des GLB-Post und VPA-Vorsitzender des Postamtes Wien-Liesing, wurde auf der Wiener Landesberatung des GLB einstimmig zum Spitzenkandidaten für die kommenden AK-Wahlen gewählt.

Unter anderem sind es auch die Zustände bei der Post AG, die zeigen, wie notwendig es ist, dass mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock auch künftig eine Fraktion in der Arbeiterkammer vertreten ist, die sich ausschließlich an den Interessen der AK Mitglieder orientiert - und nicht an einer Sozialpartnerschaft mit den Unternehmen.

Management weiter auf Zerschlagungskurs

Schon jetzt ist es so, dass ZustellerInnen der Post unter der Arbeitslast leiden, die ihnen täglich aufgebürdet wird. Entsprechend steigen die Krankenstände – auch hier leiden bereits Beschäftigte unter dem Burn-out-Syndrom, sind also ausgebrannt, wie die Postgewerkschaft feststellt. Ein Hohn für die Beschäftigten ist es, wenn die Zeitung „Österreich“ aufgrund des Angebots eines RaucherInnen-Entwöhnungsprogramms als besonders gesundheitsfördernden Betrieb bezeichnet.

Jene, die in Jobcenter abgeschoben wurden und dort gezwungen sind, die Zeit tot zu schlagen, können ebenso nicht darüber lachen wie ZustellerInnen, deren Betreuungsgebiete immer größer werden oder Beschäftigte am Schalter, die als erste den Unmut von Kundinnen und Kunden zu spüren bekommen, die dank des Personalabbauprogramms der Post an einem der noch vorhandenen Postämter Schlange stehen. Offensichtlich haben die bestens bezahlten Manager auch vergessen, etwaige Krankenstände und Urlaube bei ihrer Personalplanung zu berücksichtigen. Da loben sie sich lieber selbst bzw. vergessen ihre eigenen Zusagen.

Schließungen gehen weiter

Post-General Wais meinte noch im August, es seien keine weiteren Schließungen von Postämtern geplant. Nur drei Monate später, unmittelbar nach der Nationalratswahl, sieht es plötzlich ganz anders aus, ist die Katze aus dem Sack: allein in Graz (bisher 29 Postämter) sollen fünf geschlossen, zwei weitere zusammengelegt werden. Da von den verbleibenden ganze sechs ausgebaut bzw. modernisiert werden sollen, jubelt Post-Sprecher Pachler bereits in der „Kleinen Zeitung“, dass Graz damit eine der modernsten postalischen Städte



GLB-Postsprecher Robert Hobek bei der Übergabe der Unterschriften für die GLB_Petition für die Erhaltung der Post im November 2005 an den damaligen Nationalratspräsidenten Andreas Kohl

Österreichs wird. Nach seiner Ansicht sind wahrscheinlich jene Gemeinden, die bereits kein Postamt und keine lästigen Kunden mehr haben, besonders modern...

Wien ist nicht anders – hier pfeifen es

bereits die Spatzen von den Dächern Liesings, dass die Schließung des Postamtes 1233 in der Breitenfurter Straße unmittelbar bevorsteht. Hier hat der GLB eine Unterschriftenaktion zur Rettung des Postamtes gestartet und erwartet auch von der Bezirksvertretung Liesings, sich für den Erhalt des Postamtes einzusetzen.

BAWAG involviert?

Als Post-Generaldirektor Wais noch im August meinte, er denke an keine weiteren Schließungen von Postämtern, kommentierte er dies im „Standard“ vom 28.8. so: Cerberus wird sich irgendwann von der BAWAG trennen. Der Wert der BAWAG soll (durch die Schließung von Postämtern und damit auch von BAWAG/PSK-Filialen) nicht verkleinert werden. Der

Post-Vertragspartner BAWAG habe ein Mitspracherecht bei der Schließung (Eröffnung) von Postämtern. Es wird also höchste Zeit, dass die Postgewerkschaft endlich aufwacht – solange es die Post noch gibt...

Beschwerde an die Volksanwaltschaft

Von Doris Grössinger

Seit Jahren kritisiert der GLB die Vorgangsweise der Wiener Linien bei Beanstandungen der Bediensteten. Die Bestrafungen sind willkürlich und können bei bestimmten Delikten von einer bloßen Ermahnung bis zu einem monatelangen Abzug vom Fahrdienst reichen.

Um eines vorweg klar zu stellen, wir sind nicht für die Abschaffung von Strafen, wenn sie gerechtfertigt sind, wir fordern jedoch klare und nachvollziehbare Richtlinien, die jeden Bediensteten gleich und fair behandeln. Es ist nicht nachvollziehbar, warum bei gleichem Delikt (erstmalig begangen) Bedienstete eine kurze mündliche Ermahnung erhalten und andere monatelang im Leichtdienst verbringen.

Bei Gesprächen mit Vorgesetzten wurde diese Vorgangsweise immer wieder bestätigt: „Wir können machen was wir wollen“, so ein Vorgesetzter wörtlich. Ein weiterer Punkt, den der GLB heftig kritisiert ist die Vorgangsweise. Viele Bediensteten werden wochen- oder sogar monatelang im Unklaren gelassen, wie lange sie vom Fahrdienst abgezogen bleiben.

Ungewissheit belastet

Viele Bediensteten haben Familien und in vielen Gesprächen wurde bestätigt, dass die Ungewissheit wie lange der Abzug noch dauert, sie am meisten belastet. Wir sehen darin Methode, die Bediensteten auch psychisch zu bestrafen. Es genügt offensichtlich manchen Vorgesetzten nicht, dass der Bedienstete finanziell gestraft ist, man setzt hier ganz gezielt den Faktor Ungewissheit und Existenzangst ein.

Der GLB kritisierte auch immer wieder die Praxis der Disziplinarstrafen bei Pragmatisierten. Diese können Geldstrafen bis zum 1½fachen eines Monatsbezuges aufgebremst bekom-

men und diese immer öfters mit der Begründung der „groben Fahrlässigkeit“. Die Gesetzgeber definiert eindeutig, was unter grob fahrlässig zu verstehen ist. Für die Wiener Linien jedoch gelten andere Maßstäbe, hier werden im Grunde sämtliche größere Schäden automatisch als grob fahrlässig gewertet.

Bei Bediensteten abkassiert

Es kristallisiert sich immer mehr heraus, dass bei den Bediensteten abkassiert werden soll, obwohl sämtliche Schäden über die Versicherung abgedeckt werden. Besonders bedenklich findet der GLB diese Praxis, da es sich im Grunde um eine doppelte Bestrafung handelt, da jeder Bedienstete, bedingt durch den Abzug vom Fahrdienst einen nicht unerheblichen Lohnabzug hinnehmen muss, dann wird er auch noch ein zweites mal zur Kassa gebeten und dies bis zum 1½fachen eines Monatsbezuges.

Der GLB kritisierte dies auch im Betriebsrat und forderte die Mehrheitsfraktion auf, endlich zu handeln. Die lapidare Antwort: „Wenn sich ein Bediensteter ungerecht behandelt fühlt, kann er ja klagen!“ Die Betriebsräte des GLB stellten klar, dass es die Aufgabe von Betriebsrat und Gewerkschaft sei, solche Missstände zu beseitigen und verständlicherweise viele Bedienstete den Gang vor Gericht scheuen würden.

Es stellt sich hier die Frage, warum weigert sich die FSG tätig zu werden?



Ist ihr dieses System, dass auch ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zum jeweiligen FSG-Obmann schafft, vielleicht gar nicht so unrecht? Auch in vielen anderen Bereichen (z.B. höhere Dienste) ist es oft nicht nachzuvollziehen, warum einzelne Bedienstete ausgewählt wurden und andere nicht.

Volksanwaltschaft reagiert

Der GLB fordert hier klare und für alle nachvollziehbare Regelungen und hat in diesem Sinne eine Beschwerde an die Volksanwaltschaft gerichtet. Mittlerweile hat uns auch schon die Volksanwaltschaft, eine Überprüfung bestätigt. Volksanwalt Peter Kostelka (SPÖ) wörtlich: „Zu Ihrem Schreiben vom 15. September 2008 teile ich Ihnen mit, dass die Volksanwaltschaft auf Grund Ihrer Beschwerde betreffend der Vorgangsweise der Wiener Linien als Dienstgeber ein Prüfungsverfahren eingeleitet hat. Ich habe mich in diesem Verfahren mit der Magistratsdirektion der Stadt Wien in Verbindung gesetzt und um Aufklärung ersucht. Mein Mitarbeiter Dr. Hiesel steht Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.“

Doris Grössinger ist Sekretärin des GLB-GdG

Die Mär vom Kernaktionär

ÖGB-Präsident Hundstorfer ist, ebenso wie die angebliche „ArbeiterInnenpartei“ SPÖ, mit dem Regierungsauftrag zur endgültigen Zerschlagung der AUA als staatliche Fluglinie zufrieden: „Eine AUA-Struktur mit österreichischen Kernaktionären führt dazu, dass nicht nur finanzielle Ertragsinteressen vertreten werden. Auch Arbeitsplätze, Wirtschaftsstandort und Streckennetz können die mit Sperrminorität ausgestatteten österreichischen Eigentümer im Interesse des Landes im Auge behalten“.

Entweder ist Hundstorfer das Grund-

prinzip kapitalistischer Konzerne – nämlich maximalen Profit zu machen – nicht geläufig oder er behauptet dies wider besseren Wissens, um der SP nicht in den Rücken zu fallen. Niemand wird die „österreichische Kernaktionäre“ hindern können, ihre Aktienanteile zu verkaufen, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen und einen entsprechenden Gewinn realisieren wollen. Daher sichert diese Lösung auch keine Arbeitsplätze sondern gefährdet diese. Im Fall AUA sind Kernaktionäre ohnehin schon obsolet, weil ein Verkauf an die Lufthansa als fix gilt.

Profitmaximierung ist offensichtlich auch beim Siemens-Konzern der Grund für massiven Stellenabbau, in St. Pölten soll überhaupt gleich ein großer Betrieb, die „Glanzstoff“, geschlossen werden. Der GLB forderte vor dem Werk mit einem Flugblatt die Übernahme des Betriebs durch die ÖIAG. Es ist höchst an der Zeit, dass Gewerkschaften ihre Mobilisierungsfähigkeit auch nützen, um gegen die massive Arbeitsplatzvernichtung in Österreich vorzugehen. Das Ausverhandeln von Sozialplänen ist wichtig, aber zu wenig – Krokodilstränen und Särge vor den Werkstoren sind es auch.

GLB-Resolution angenommen

Angenommen wurde von der Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer am 12. November 2008 der folgende Dringlichkeitsantrag des GLB zur aktuellen Situation bei der Post AG. Die 149. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert einen verfassungsmäßigen Schutz des strategischen öffentlichen Eigentums.

Begründung: Laut jetzt bekannt gewordenen Plänen des Vorstandes der Post AG sollen bis 2015 weitere 9.000 von derzeit 25.800 Arbeitsplätzen vernichtet, ein Großteil der Briefzustellung an Subfirmen mit Dumping-Löhnen ausgelagert und tausend von derzeit 1.311 Postämtern zugesperrt oder privaten Postpartnern überlassen werden.

Diese Maßnahmen sind als Folge der bisherigen Schritte der Liberalisierung der Post zu sehen: Die Ausgliederung der Post aus dem Bundesbudget 1996, die von Österreich mitgetragene EU-konforme Liberalisierung der Postdienste ab 2011 und die Teilprivatisierung der Post AG durch den Börsengang 2006 haben zum heutigen Zustand geführt. Gleichzeitig wurde verabsäumt, private Anbieter für eine

Konkretisierung der Universaldienstverordnung für eine flächendeckende Versorgung in die Pflicht zu nehmen.

Um zu verhindern, dass die Post AG völlig zerstört und dann ähnlich wie die

kend elementare Postdienstleistungen im öffentlichen Interesse zu erfüllen.

Diese Funktion kann nur eine Post im öffentlichen Eigentum maximal erfüllen. Daher ist ein verfassungsmäßiger



AUA an einen Auslandskonzern verschenkt wird sind politische Entscheidungen erforderlich. Aufgabe der Post ist es nicht, durch fragwürdige Expansionen im Ausland oder permanente Schrumpfungmaßnahmen Maximaldividenden für die AktionärInnen herauszuschinden, sondern flächendeck-

Schutz des strategischen öffentlichen Eigentums, vor allem im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, notwendig. Ebenso ist ein Branchen-Kollektivvertrag erforderlich, der auch für private Postdienste gilt und damit Chancengleichheit schafft und Lohndumping verhindert.

Fete Noir oder das Ende der Glanzstoff in St. Pölten

Noch bis 22.11.2008 läuft im ehem. Clubhaus der Glanzstoff, dem heutigen Restaurant „Die Villa“, in St. Pölten gegenüber vom Werk die Sonderausstellung „Glanzstoff 1904 – 2008“, die mit einer „Fete Noir“ am 22.11., einer Gedenkfeier der etwas anderen Art mit DJ's, Liveacts, Beats und Oldies in Memoriam Glanzstoff abgeschlossen wird.

Bereits aufgelöst wurde die Betriebsfeuerwehr der Glanzstoff – der letzte Akt von Kommandant Fritz Band. Sein Stellvertreter Bichler nahm mit den Worten „ihr habt beim Brand gekämpft wie die Löwen, um die Firma zu erhalten, alles umsonst“. Per Mail bedankte sich auch Ex-Generaldirektor Grundmann bei der Feuerwehr und stellte fest, überzeugt zu sein, „dass nicht alles Menschenmögliche unternommen wurde, um den Betrieb weiterzuführen. Der Wille war einfach nicht da“.

Gekämpft hat die Betriebsfeuerwehr nicht nur gegen den großen Brand 2007, sondern auch um den Erhalt des traditionsreichen Industriebetriebes. Kollegen rund um Fritz Band haben, als bekannt wurde, dass der Eigentümer Grupp zwar die Versicherungssumme für den Brand kassiert hat, jedoch das Werk schließen lassen wollte (angeblich weil die Erfüllung von Umweltauflagen zu teuer gewesen wären), die Plattform „pro Glanzstoff“ gegründet. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen auch außerhalb des Betriebes, denen dieser jedoch am Herzen liegt – darunter der ehem. GLB-Betriebsrat Erwin Stingl und GLB-Bundessekretär Jonischkeit – wurde versucht, auch den Betriebsrat der Glanzstoff und die Gewerkschaft der ChemiearbeiterInnen zum gemeinsamen Kampf für den Erhalt des Werkes zu gewinnen. Der Vorsitzende der Chemiegewerkschaft, Artmäger, sollte eigentlich aus dem Ende von Semperit, bei der er damals Betriebsratsvorsitzender war, wissen, dass ein nicht geführter Kampf in jedem Fall

ein verlorener ist.

Nach einer Auftaktkundgebung der Plattform Ende Juli und der Teilnahme der BR-Vorsitzenden (Arb. und Ang.) an einer Sitzung bestand die leise Hoffnung, dass es zu gemeinsamen Aktionen der Belegschaft und der Gewerkschaft kommen würde. Leider war dem nicht so. Stattdessen wurde zwar ein Sozialplan ausgehandelt, aber ansonsten geschwiegen.



Daher kam es Mitte September in St. Pölten zu einer Demo von der Glanzstoff zum ÖGB, um diesen aufzuwecken und aufzufordern, gemeinsame Aktionen zum Erhalt des Werkes endlich zu starten. Der zuständige Landessekretär der Chemiegewerkschaft, Franz Gansch, meinte jedoch, der ÖGB sei die falsche Adresse für die Demo – auch die Gewerkschaft wolle die Glanzstoff erhalten. Sinnvoller sei eine Protestaktion vor den Toren vor Grupp's Firmensitz im Bezirk Lilienfeld. Auch Haiderer, Gewerkschafter und Politiker in St. Pölten fand, das mache Sinn. Auf den Vor-

schlag des GLB-Bundessekretärs Jonischkeit, gleich den Termin festzulegen, ging Kollege Gansch lieber nicht ein, ernst gemeint war der Vorschlag offenbar ohnehin nicht.

Sehr zur Freude des Eigentümers Grupp. Dieser bekleidet verschiedene Aufsichtsratsmandate, u.a. bei der Schöllerbank, dem Steinehersteller RHI, sein Konzern ist für Aluminiumverpackungen und das Refa-Dach („stark wie ein Stier“) bekannt. Weiters ist er u.a. Präsident des Museums für angewandte Kunst (MAK) in Wien und „spielender Präsident“ des Polo-Clubs München. Die Glanzstoff hat er um den sagenhaften Betrag von

1 Schilling erworben. Jene über 300 Beschäftigten, die nun ihren Job verlieren, haben nun zwar Zeit – aber vermutlich nicht das Geld, um sich Polo spielend die diese totzuschlagen.

Kurioserweise mussten sie nämlich – trotz Einstellung

der Produktion und der erhaltenen Kündigung – pünktlich zur Schicht erscheinen, obwohl es nichts mehr zu tun gab.

Da immerhin forderten nun auch AKNÖ, Gewerkschaft und Betriebsrat „ein faires und menschliches Ende für die, die die Gewinne in dem um einen Schilling geschenkten Betrieb erarbeitet haben“. Chemiegewerkschaftsvorsitzender Artmäger zu Grupp: „auch wer einmal als Retter in der Not aufgetreten ist, soll den menschlichen Aspekt nicht vergessen“. Jetzt fehlt nur noch der Kranz...

Gemeingefährlicher Übermut

Übermütig sind die „ÖO Nachrichten“, die jetzt gemeinsam mit der Raiffeisen-Bankengruppe zum siebten Mal ein „Börsenspiel“ veranstalten. Ausgerechnet in einer Zeit, wo fast jeden Tag eine Bank zusammenkracht, die Börsenkurse in den Keller rasseln und das Scheitern des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus auch für den Dümmersten unübersehbar ist für die Spekulation mit Aktien und anderen Börseprodukten zu werben ist geradezu abenteuerlich.

Gemeingefährlich bis kriminell wird es freilich, wenn dazu auch heuer wieder Schüler und Schulklassen eingeladen werden, bei diesem Spiel mitzumachen und dazu mit jugendgerechten Preisen wie LCD-TV, iPods oder Konzertbesuche gelockt wird. Da kann man betonen, dass dieses „Spiel“ natürlich „ohne finanzielles Risiko“, also auf dem Trockendock, erfolgt.

Denn der Hintergedanke ist durchaus nicht so platonisch: Die Bank und ihr neoliberales Sprachrohr wollen letztendlich die TeilnehmerInnen auf den Finanzmarkt locken. Die Zurichtung neoliberal angepasster finanzmarktkonformer Investoren und Konsumenten ist schließlich das Ziel solcher „Spiele“.

Bei einer TV-Debatte auf einem deutschen Sender ging es dieser Tage um die internationale Finanzkrise. Dabei wurde auch die Frage gestellt, ob es nur die Gier einiger wildgewordener (und millionenschwer abgefertigter) BankmanagerInnen ist oder ob nicht doch auch die Gier der AnlegerInnen mit Schuld an der Misere ist.

Damit schließt sich der Kreis zum „Börsenspiel“: Wenn Banken, Medien, Politik und Experten ihr Ziel darin sehen, die Menschen mit dem Finanzmarkt „vertraut“ zu machen, ihnen tagtäglich einhämmern, dass der „freie Wettbewerb“ ohnehin alles besser regelt als der vielgeschmähte Staat, dass die Finanzierung von Pensionen, Gesundheit etc. über Aktien besser wäre als über das als antiquiert abgestempelte Umlagensystem, dann steckt

doch dahinter die Absicht den Menschen einzureden, sie hätten es in der

Die Ware Arbeitskraft

Von Peter Scherz

Viel hat sich in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt geändert. Doch trotz aller technischen Errungenschaften und Möglichkeiten ist eines gleich geblieben: Der bereits von Karl Marx beschriebene Grundsatz der Wirtschaft, dass die Arbeitskraft nur eine Ware ist.

Denn wären all die erzielten Errungenschaften geschaffen worden, um den Menschen zu dienen und nicht der Profitmaximierung, dann würden nicht immer weniger Menschen immer mehr, sondern viel mehr Menschen immer weniger arbeiten müssen.

Dann müsste man auch nicht den Leuten erzählen, eine 65-Stunden-Woche sei eine soziale Errungenschaft. Die Arbeit gerechter zu verteilen, das wäre eine soziale Errungenschaft und nebenbei das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

Stattdessen wird geschachert, wo es nur geht. Sobald es um Lohnerhöhun-

gen für die Beschäftigten geht, bricht scheinbar die Wirtschaft zusammen.

Wenn die Arbeiter aber unter der allgemeinen Teuerung zusammenbrechen, dann interessiert das niemanden. Woran es krankt, das wusste schon der gute alte Marx. Und er hatte Recht, denn: Eine gerechte Verteilung gibt es nämlich nur unter einer Voraussetzung: Der Mensch muss an erster Stelle stehen, nicht der Profit. Darüber sollte man nachdenken.

Peter Scherz ist Betriebsrat bei Magna Steyr in Graz und GLB-Arbeiterkammerrat in der Steiermark

Alles Gute für 2009!

Wir wünschen auf diesem Wege allen Mitgliedern des GLB, allen für den GLB aktiven MandatarInnen, AktivistInnen und UnterstützerInnen erholsame Feiertage sowie alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg im gemeinsamen Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen und im Sinne einer fortschrittlichen, linken und kämpferischen Gewerkschaftspolitik auch im Jahre 2009.

GLB-Bundesleitung

Mag. Karin Antlanger, Bundesvorsitzende

Werner Beier, Barbara Buchacher-Kundi, Josef Stingl,

Stv. Bundesvorsitzende

Oliver Jonischkeit, Bundessekretär

Redaktion „Die Arbeit“

Für soziale Mindeststandards in Europa

Nach Wien war am 4. Oktober 2008 Barcelona Treffpunkt des Netzwerkes von GewerkschafterInnen der Europäischen Linkspartei und darüber hinaus – aus Österreich nahmen Karin Antlanger und Oliver Jonischkeit daran teil. Die Treffen finden in der Regel zwei Mal jährlich statt und dienen einerseits dem Erfahrungsaustausch, beschäftigen sich andererseits aber mit ein bis zwei inhaltlichen Schwerpunktthemen.

Dieses Mal mit den sozialen Standards in Europa. GewerkschafterInnen unter anderem aus Österreich, Deutschland, Griechenland, Dänemark, Finnland und natürlich aus Katalanien (Spanien, Barcelona) stellten dabei fest, dass die Probleme in den einzelnen Ländern zwar im Detail unterschiedlich, insgesamt aber die gleichen sind. Beispielsweise die massive Zunahme atypischer Arbeitsformen und -zeiten, aber auch die besondere Benachteiligung von Frauen und MigrantInnen.

Mit einer Resolution für soziale Mindeststandards in Europa richten sich die GewerkschafterInnen an die linke Fraktion im Europaparlament (GUE/NGL) sowie an die Europäische Linkspartei mit dem Ansuchen, ihre Forderungen zu unterstützen und entsprechend einzubringen.

Beispielsweise die Forderung nach Mindesteinkommen (gesetzlich oder über Kollektivverträge), die jedenfalls 60 Prozent des jeweiligen durchschnittlichen Einkommens in den Ländern betragen soll und natürlich auch für MigrantInnen und sogenannte „GastarbeiterInnen“ gelten muss.

Europaweit muss auch die Arbeitszeitverkürzung auf der Tagesordnung stehen, die Regeln sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Die 35-Stundenwoche verlangen wir europaweit, dafür kämpfen wir – als Ziel hat das auch der Europäische Gewerkschaftsbund in seinem Programm, allein entsprechende Aktionen zur Durchsetzung bleiben offensichtlich aus. Weiters fordert das Netzwerk-

treffen der GewerkschafterInnen, dass es allen mit 60 Jahren möglich sein muss, in die Pension zu gehen – bessere Regelungen in einzelnen Ländern dürfen dadurch natürlich nicht verschlechtert werden.

Immer wieder gibt es von Regierungen und Unternehmen Versuche, Arbeitskämpfe zu unterbinden und zu verbieten – daher fordert das linke Gewerkschaftsnetzwerk der Europäi-

Willi Goldenberg 1915-2008

Am 23. September 2008 ist unser Kollege und Genosse Willi Goldenberg im Alter von über 93 Jahren verstorben. Als Opfer rassistischer Verfolgung – seine Mutter und seine Schwester flohen 1914 vor den Pogromen der zaristischen Armeen aus dem heimatlichen Lemberg (heute Lviv, Ukraine), während der Vater zur k.k. Armee eingezogen worden war – kam er im Mutterleib nach Wien. In Wien wuchs er heran, maturierte und begann ein Architekturstudium.

1938 gelang ihm – erneut rassistischer Verfolgung ausgesetzt – die Flucht in die Schweiz. Dort wurde er zwar interniert, war aber seines Lebens relativ sicher. Auch seiner Schwester gelang die Flucht, und zwar ins Vereinigte Königreich Großbritannien, welches auch nach 1945 ihr ständiger Wohnsitz blieb. Die Eltern der Geschwister Goldenberg, die nach Jugoslawien geflohen waren, wurden im Dezember 1941 von Mitgliedern der Ustaša bei Brèko ermordet.

Nach der Befreiung und Wiederher-

stellung der Linkspartei (EL), das Recht auf Streiks, auch auf politische Streiks, zu garantieren sowie das Recht, unabhängige Gewerkschaften in allen europäischen zu gründen und diese nicht in ihrer Arbeit zu behindern. Das Basenland liegt übrigens auch in Europa, zwischen Frankreich und Spanien – der dortigen Gewerkschaft L.A.B. passiert dies laufend.

Schließlich wird von den EL-GewerkschafterInnen der stattfindende Kampf der ArbeiterInnen und Angestellten von VW zur Verteidigung des sogenannten „VW-Gesetzes“ unterstützt, welches für die weltweite Zukunft der Werke von Volkswagen, SEAT und Skoda von Bedeutung ist. Die Resolution (auf englisch) kann über das GLB-Büro des ÖGB bezogen werden.

stellung Österreichs kehrte Willi Goldenberg, der das Studium der Architektur nicht fortsetzen konnte, nach Wien zurück. Er arbeitete bei der Gemeinde Wien bei der Baupolizei, wo er sich gewerkschaftlich organisierte und engagierte und auch zum Personalvertreter gewählt wurde.

Nach seiner Pensionierung arbeitete er ehrenamtlich als Redakteur beim gewerkschaftlichen Linksblock in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, wo er jahrzehntelang für das Zustandekommen der Beiträge für „seine“ Zeitung „Das neue Wien“ sorgte. Die meisten Beiträge schrieb er aber selber.

Viele von uns haben viel von ihm gelernt, zum Beispiel das Zuhören, das sich in andere Hineinversetzenkönnen, Gelassenheit und nicht zuletzt das Verfassen gerader Sätze. Dass er gestorben ist, macht uns traurig, dass wir mit ihm zusammenarbeiten durften, macht uns stolz.

Rudi Hieblinger, f.d. GLB/GdG

Bilanzbuch des 20. Jahrhunderts

Zwischen „Obstler und Essiggurken“, schrieb Elfriede Jelinek 1986, findet jährlich „eine wichtige literarische Demonstration der Einheit der linken Intelligenz in Österreich statt“. Gemeint ist das Linke Wort am Volksstimmefest, das im Jubiläumsjahr 2008 unter dem Motto „Aus dem Bilanzbuch des 20. Jahrhunderts“ stand und auch vom GLB unterstützt wurde.

Das Linke Wort ist eine Literaturveranstaltung, die seit 1975 jährlich im Rahmen des Volksstimmefests, dem traditionellen Presse- und Volksfest der KPÖ, stattfindet. An beiden Festtagen werden Prosatexte und Lyrik von den AutorInnen selbst vorgetragen. Inhaltlich ist die beim Linken Wort präsentierte Gegenwartsliteratur vorrangig – aber nicht ausnahmslos – auf Themen der Arbeitswelt und auf Alltagserfahrungen im Sinne eines kritischen Realismus ausgerichtet.

Es handelt sich folglich um alternative Literatur, die im Gegensatz zu neuen Generationen von AutorInnen nicht nur von sich und ihren Ich-Erfahrungen spricht. Dieser kritischen Litera-

tur ist es fremd, nur die persönlichen Befindlichkeiten und Sehnsüchte auszudrücken, das eigene Ich in den Mittelpunkt zu rücken, so „als könne die Kunst achtlos an den Erschütterungen unserer heutigen Epoche vorübergehen“, wie Leo Trotzki in seinem Essay-

Demokratisch ist die am Linken Wort vorgetragene Literatur, weil sie das gesellschaftliche Bewusstsein als die Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins der Menschen begreift und beschreibt. Die Quellen dieser Literatur liegen demnach im materiellen Leben



Landschaft

Othmar Wundsam

band Literatur und Revolution formulierte.

2008

der Gesellschaft, in den ökonomischen und politischen Verhältnissen.

Im geschichtsträchtigen Gedenkjahr 2008 bilanzierten die teilnehmenden AutorInnen das 20. Jahrhundert entlang den markanten historischen Einschnitten der Jahre 1918, 1938 und 1968. Es sind vielfältige Zugänge in formaler und inhaltlicher Hinsicht, die in der diesjährigen Anthologie, die demnächst mit Unterstützung des GLB erscheinen wird, dokumentiert werden konnten.

Aus dem Bilanzbuch des 20. Jahrhunderts. Linkes Wort am Volksstimmefest 2008.

Mit Beiträgen von Ruth Aspöck, Manfred Bauer, Lidio Mosca Bustamante, Manfred Chobot, Peter Clar, Judith Gruber-Rizy, Eva Jancak, Axel Karner, Güni Noggler, Helmut Rizy, Gerhard Ruiss, Stefan Schmitzer, Simone Schönnett, Richard Schuberth, Rolf Schwendter, Benjamin Turecek und den AutorInnen des Werkkreises der Literatur der Arbeitswelt (Gerald Grassl, Yasmine Hafedh, Eugen Bartmer, Karin Jahn, Stephan Eibel Erzberg, Toni Mantler, Werner Lang und Christian Schreibmüller).

Vorbestellungen können per Mail roman.gutsch@linkes-wort.at oder am Postweg vorgenommen werden:

- c/o KPÖ Wien, z. H. Roman Gutsch und Christoph Kepplinger,
Drechslergasse 42, 1140 Wien

Die Anthologie kostet 12 Euro exkl. Versandkosten.

Die Titelgrafik der diesjährigen Linken-Wort-Anthologie gestaltete der Wiener Künstler Othmar Wundsam.

AK-Vollversammlung im Zeichen der Finanzkrise

Bei der 149. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer am 12. November 2008 sprach AK-Präsident Herbert Tumpel über die „schwerste Krise“ seit 1929. In den letzten Jahren stiegen die Gewinne und die Löhne wurden immer geringer. Dazu gibt es zwischen den Spitzeneinkommen und den „normalen“ Gehältern ein großes Ungleichgewicht.

Tumpel stellte zwar auf einer Seite das bestehende System in Frage, auf der anderen Seite betonte er aber, dass es einen freien Markt weiterhin geben müsse, der nur besser reguliert gehöre. Gleichzeitig betonte der Präsident, dass er schon seit Jahren die Probleme angesprochen habe.

Beatrix Todter, Arbeiterkammerrätin der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) meinte bei ihrer Wortmeldung, dass die FSG-Personalvertretung in der Post für den Börsegang gestimmt hatte und dass die GLB-Anträge gegen die Privatisierung der Post und gegen Stock-Options bei früheren Vollversammlungen nicht angenommen wurden.

Der GLB hatte zu dieser Vollversammlung elf Anträge (von denen drei angenommen, fünf abgelehnt und drei zugewiesen wurden) und einen Dringlichkeitsantrag zur aktuellen Situation der Post eingebracht, der mit einer Änderung angenommen wurde und einen verfassungsmäßigen Schutz des strategischen öffentlichen Eigentums fordert. Die Anträge des GLB im Wortlaut gibt es auf www.glb.at.

AK-Steiermark: Linksblock setzt wichtige Akzente

Die 14. Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer am 13. November 2008 bekräftigte in einer einstimmig angenommenen Resolution ihre volle Solidarität mit den Post- und Telekom-Beschäftigten. GLB-Arbeiterkammerrat Peter Scherz betonte in seiner Wortmeldung aber, dass man auch die Entstehungsgeschichte der aktuellen Probleme nicht vergessen darf.

An FSG und ÖAAB gewandt sagte er: „Ihr tut jetzt alle so überrascht über die Liberalisierung. Aber ihr selbst habt vor 1995 für den Anschluss Österreichs an die EU geworben. Damals hätten alle Arbeitervertreter die Wahrheit über den Wirtschaftskurs der EU sagen müssen, wie das der GLB und die KPÖ getan haben“.

Im Zentrum der Diskussion standen Antworten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Eine Resolution mit einem konkreten Maßnahmenkatalog wurde zugewiesen. Peter Scherz: „Jetzt darf man nicht die Verluste der Finanzwelt verstaatlichen und die arbeitenden Menschen belasten. Es geht darum, den gesellschaftlichen Einfluss auf die Banken zu stärken.“

Wohnbauprogramm gefordert

Die drei Anträge des GLB wurden einstimmig angenommen. Die AK fordert die Einführung einer amtlichen Preisregelung für Energie und wendet sich gegen die Schließung der Fernmeldeschule Graz-Eggenberg.

Darüber hinaus fordert die Vollversammlung der steirischen AK ein eigenes Wohnbauprogramm im Rahmen der Konjunkturprogramme von Bund und Land. Peter Scherz: „In Graz könnten dadurch beispielsweise rasch neue Gemeindewohnungen auf Kasernengrund geschaffen werden, wenn der Bund die entsprechenden Grundstücke der Stadt zu einem symbolischen Preis zur Verfügung stellt.“



Beatrix Todter
AK-Rätin in Wien



Peter Scherz
AK-Rat Steiermark

Arbeitsrecht-Tipp: Der Arbeitsvertrag (Erster Teil)

Von Siegfried Pötscher

Verpflichtet sich jemand zu einer Arbeitsleistung für einen anderen, liegt ein Arbeitsvertrag vor. Dieser ist zweiseitig verbindlich, da beide Vertragsparteien (ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn) sowohl Rechte als auch Pflichten haben. Die Hauptpflicht von ArbeitgeberInnen besteht in der Bezahlung des Entgelts, jene der ArbeitnehmerInnen in der Arbeitsleistung. Der Arbeitsvertrag regelt die Rechte und Pflichten, soweit durch Gesetz oder Kollektivvertrag diese Rechte nicht zwingend festgelegt sind (denn zwingendes Recht kann durch den Arbeitsvertrag nicht abgeändert werden).

Wichtige Merkmale eines Arbeitsvertrages sind: Persönliche Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen (Weisungsrecht der ArbeitgeberInnen), persönliche Arbeitspflicht, Dauerschuldverhältnis, Arbeitsleistung auf Zeit und nicht auf einen bestimmten Erfolg, die Arbeitsmittel werden von den ArbeitgeberInnen zur Verfügung gestellt, wirtschaftliche Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen und ihre Eingliederung in die Organisation des Betriebes.

Normaler Weise ist der Abschluss eines Arbeitsvertrages an keine bestimmte Form gebunden. Er kann mündlich, schriftlich oder schlüssig (z. B. indem jemand Arbeitsleistungen für einen anderen erbringt und dieser die Leistungen annimmt) zustande kommen.

Da ArbeitnehmerInnen keinen Anspruch auf Ausstellung eines schriftlichen Arbeitsvertrages haben, ist das Recht auf Ausstellung eines Dienstzettels von besonderer Bedeutung. Ein Dienstzettel ist die schriftliche Aufzeichnung über die wesentlichen Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag. Er dient der Beweissicherung.

Der Mindestinhalt eines Dienstzettels ist gesetzlich vorgeschrieben. Gemäß § 2 AVRAG (Arbeitsvertragsanpassungsgesetz) sind ArbeitgeberInnen zur Ausstellung eines Dienstzettels verpflichtet.

Stellt der Dienstgeber keinen Dienstzettel aus, kann unter Fristsetzung mittels eingeschriebenen Briefes dazu aufgefordert werden. Wird die Ausstellung verweigert, ist er mittels Klage beim Arbeits- und Sozialgericht durchsetzbar.

Wichtig ist darauf zu achten, dass der

Dienstzettel nicht von den mündlichen Vereinbarungen abweicht. Enthält der Dienstzettel Regelungen, die vom mündlich vereinbarten Arbeitsvertrag abweichen (z. B. niedrigeres Entgelt,...) sind die ArbeitgeberInnen mittels eingeschriebenen Briefes darauf hinzuweisen und eine diesbezügliche Änderung zu fordern, damit nicht der Eindruck entsteht, die Änderung würde akzeptiert.

Sowohl die Vereinbarung bzgl. der Rückzahlung von Ausbildungskosten als auch die Vereinbarung von Konkurrenzklauseln ist zulässig! Daher soll versucht werden, unbedingt derartige Vereinbarungen zu streichen bzw. diesen auch mündlich nicht zuzustimmen. (Fortsetzung folgt)

Hubert Schmiedbauer ist 75

Hubert Schmiedbauer feierte am 17. Oktober 2008 seinen 75. Geburtstag. Am 17. Oktober 1933 in Graz in einer kommunistischen Arbeiterfamilie geboren betätigte er sich schon früh in der Organisation Junge Garde-Kinderland. Den Beruf des Schriftsetzers lernte er in Wien und übte ihn in Graz aus. Seine Dokumentation über die Druckerei der „Wahrheit“ im Grazer Volkshaus gibt auch jüngeren Generationen ein plastisches Bild der damaligen Umstände.

Hubert Schmiedbauer war immer gewerkschaftlich aktiv, so auch in der Gewerkschaft Druck und Papier und im ÖGB-Bezirksausschuss in Graz. Neben verschiedenen Parteifunktionen leitete er den FÖJ-Chor in Graz und machte Jugendkabarett. Anfang der Siebzigerjahre lebte er eine Zeitlang in Westberlin. Diese Periode war für ihn politisch und menschlich sehr wichtig.

Nach seiner Rückkehr nach Österreich arbeitete Schmiedbauer bis zu seiner Pensionierung als Redakteur der

„Volksstimme“, als Chefredakteur der GLB-Monatszeitschrift „Die Arbeit“ und verfasste auch viele Artikel für „Weg und Ziel“. Im 2. Wiener Gemeindebezirk bekleidete er verschiedene Parteifunktionen und erwarb sich als KPÖ-Bezirksrat das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung.

Seit den Neunzigerjahren sieht Schmiedbauer den Mittelpunkt seiner politischen Tätigkeit wieder in Graz, wohin er vor kurzem auch übersiedelt ist. Seine besondere Hinwendung gilt nach wie vor der Gewerkschafts- und Betriebspolitik, die er durch Beiträge für das GLB-Magazin „Die Arbeit“ und als Mitglied der Redaktion mit prägt.

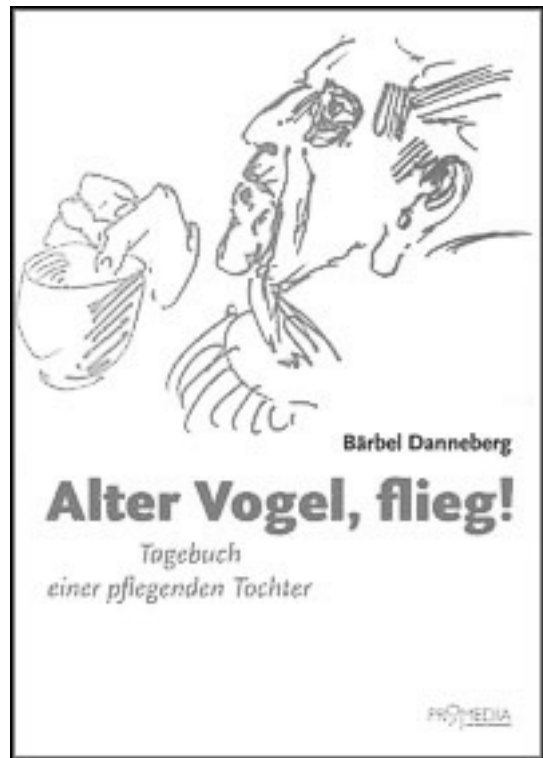
Wir wünschen Hubert Schmiedbauer zu seinem 75er alles Gute und vor allem für die kommenden Jahre weiterhin einen ungebrochenen Optimismus und viele gute Ideen.

- **GLB-Bundesleitung**
- **Redaktion „Die Arbeit“**

Alter Vogel, flieg!

Bärbel Danneberg, selbst gelernte Krankenschwester und bis zu ihrer Pensionierung als Journalistin tätig, unternimmt eine kritische Aufarbeitung der politisch hoch brisanten Pflegeethematik. Sie tut dies auf ihre sehr persönliche Weise. Am Ende ihres Berufslebens hat sie sich gemeinsam mit ihrem Mann dazu entschlossen, ihre demenzkranke, 90 Jahre alte Mutter zu Hause aufzunehmen, zu pflegen und sie bis zu ihrem Tode zu begleiten. Fünf Jahre lang hat Bärbel Danneberg darüber Tagebuchaufzeichnungen geführt. Geworden ist daraus ein Buch, das sich mehr implizit als explizit gegen die Kommodifizierung sozialer Aufgaben stellt.

Bärbel Mende-Danneberg, *Alter Vogel flieg!* ISBN 978-3-85371-286-3, 208 Seiten, br., 15,90 Euro; 28.- sFr. Mit 20 Zeichnungen von Julius Mende, Promedia, Wien, 2008



GLB-Kalender

Auch für 2009 gibt es wieder den schon traditionellen roten GLB-Jahreskalender, der in zahlreichen Betrieben von den KollegInnen gerne als Nachweis für die Eintragung von Arbeitszeiten, Urlauben, Zeitausgleich etc. verwendet wird. Der 44-seitige Kalender im handlichen Kleinformat (9,5 x 15 cm) enthält neben dem eigentlichen Kalendarium eine Jahresübersicht, die Ferientermine sowie zahlreiche Infos über den GLB und alle wichtigen Kontaktadressen. Mit einigen Verbesserungen wie einer Jahresübersicht geleisteter Arbeitszeiten etc. und einem Urlaubsplaner wurde der Kalender weiter verbessert.

Auf Grund der großen Nachfrage wurde der Sechsjahreskalender des GLB für den Zeitraum 1009 bis 2014 neu aufgelegt. Der Kalender im Format 55x85 mm bietet auf vier Blättern mit Ösenheftung eine Jahresübersicht mit Feiertagen der kommenden sechs Jahre und auf der Rückseite die Kontaktadressen des GLB in Bund, Ländern und Teilgewerkschaften.

Bestellungen bitte beim GLB-ÖGB, Kollegin Helga Pruckmoser, Telefon +43 (1) 53 444-308 bzw. Mail helga.pruckmoser@oegb.at erfolgen.

CD Best of: Das Kapital

Angesichts der internationalen Finanzkrise gerade jetzt besonders aktuell: CD Kurt Palm liest Karl Marx Best of: Das Kapital, 2007, Astormedia, Preis 11 Euro. Bestellungen: GLB-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail glb@gmx.org.

Für all jene, die es bisher nicht geschafft haben, „Das Kapital“ von Karl Marx zu lesen, bietet dieses Privatissimum einen repräsentativen Querschnitt durch den ersten Band dieses Standardwerks der Weltliteratur. Das Selbststudium ersetzen diese Ausschnitte aber keineswegs, denn wie heißt es schon bei Marx: „Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre lichten Höhen zu erreichen, die die Mühen nicht scheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen.“





GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter